



**Evangelische StudentInnengemeinde  
in der Bundesrepublik Deutschland**

Mitglied im WSCF (World Student Christian Federation)

17.11.2005

**Resolution des ESG-Bundesrates zu den Castortransporten**

Ab dem 19. November 2005 rollt zum wiederholten Mal ein Transport mit 12 Castorbehältern mit hochradioaktiven Abfällen aus der französischen Plutoniumfabrik La Hague ins Zwischenlager Gorleben, wo die Behälter für die nächsten Jahrzehnte zum Auskühlen in einer gut belüfteten Industriehalle aufgestellt werden.

Aus diesem Anlass demonstrieren zahlreiche Menschen aus dem ganzen Bundesgebiet gegen diese Transporte. Sie werden getrieben durch das Wissen um die Gefahren, die von diesen strahlenden Abfällen ausgehen und von der Sorge, wie langfristig mit solchem Müll umgegangen werden soll. Bis heute gibt es weltweit kein Endlager für hochradioaktive Stoffe, deren Gefährlichkeit für Gottes Schöpfung eigentlich einer 10.000jährigen Beaufsichtigung bedarf.

Die politisch Verantwortlichen übergehen die Langfristigkeit des Gefahrenpotenzials und weigern sich die Nutzung der Kernspaltung durch regenerative und sicherere Formen der Energiegewinnung zu ersetzen. Sie nehmen in Kauf, dass große Bevölkerungsteile durch den Transport der Castorbehälter einer akuten Gefährdung ausgesetzt werden. Dieses Verhalten schlägt sich in den aktuellen Gesetzen nieder, die nur von einem massiven Polizeiaufgebot durchgesetzt werden können.

Die Evangelische StudentInnengemeinde in Bundesrepublik Deutschland solidarisiert sich mit den Menschen, die im Wendland ihr Recht auf Demonstration wahrnehmen und so ihren Ängsten Ausdruck verleihen. Die ESG setzt sich ein für Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung und fordert auf, sich für eine Politik einzusetzen, die zum Ziel hat, die noch laufenden Atomkraftwerke abzuschalten und die Energiegewinnung auf regenerativem Wege zu beschreiten. Wir fordern den sofortigen Stopp aller Atommülltransporte und den Ausstieg der Bundesrepublik Deutschland aus der Plutoniumwirtschaft und den diesbezüglichen Staatsverträgen.

Die ESG setzt sich für eine Stärkung der Demokratie durch direkte Bürgerbeteiligung ein und fordert alle Menschen dazu auf, alles ihnen Mögliche dazu beizutragen, um den Ausstieg aus der Atomindustrie politisch durchzusetzen.

*Die Mitglieder des ESG-Bundesrates:*

*Sandra Garmisch, Gerhard Löhr, Sandrine Nguelé Meyanga, Andreas Rausch, Jörg Zisterer*